

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hauke Finger, Kay Gottschalk, Iris Nieland, Torben Braga, Christian Douglas, Rainer Groß, Jörn König, Reinhard Mixl, Marcel Queckemeyer, Diana Zimmer und der Fraktion der AfD

Effizienz und Kosteneinsparungspotenziale in der Bundesfinanzverwaltung

Die Bundesfinanzverwaltung, bestehend aus dem Bundesministerium der Finanzen (BMF), dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt), der Zollverwaltung (inklusive Hauptzollämter/ZKA), der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), dem Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund) sowie der KfW Bankengruppe (soweit beaufsichtigt durch das BMF), verfügt über einen Haushalt von über 10 Mrd. Euro jährlich (vgl. Bundeshaushaltsplan 2025, Einzelplan 08, www.bundeshaushalt.de/static/daten/2025/soll/draft/epl12.pdf) und ist einer der größten Personalhaushalte der Bundesregierung.

Angesichts der anhaltenden Haushaltsdefizite, steigender Personalausgaben (vgl. www.insm.de/aktuelles/oekonomenblog/mehr-staat-mehr-kosten-wie-die-bundesverwaltung-trotz-versprechen-weiter-waechst) und der Notwendigkeit, Ressourcen für priorisierte Bereiche wie Verteidigung und Infrastruktur freizusetzen, bestehen nach Auffassung der Fragesteller dringende Anforderungen an Effizienzsteigerungen. Die Bundesfinanzverwaltung beschäftigt 63.649 Mitarbeiter (Stand 1. Januar 2025 vgl. Bundestagsdrucksache 21/4007), von denen viele in Büroimmobilien arbeiten, während Digitalisierungspotenziale noch nicht voll ausgeschöpft sind.

In der Praxis zeigen Studien (z. B. McKinsey Global Institute, Public Sector Efficiency, vgl. www.mckinsey.com/industries/public-sector/our-insights/improving-government-productivity-a-systemwide-approach) Einsparungspotenziale von 20 bis 30 Prozent durch bessere Raumnutzung, Homeoffice-Optimierung und Prozessdigitalisierung. Eine Umfrage des Ifo-Instituts vom Mai 2025 unterstreicht dies: 26,3 Prozent der Unternehmen in Deutschland halten ihre Büroflächen aufgrund von Homeoffice (der Begriff „Homeoffice“ ist gesetzlich nicht normiert, vor diesem Hintergrund ist bei der Beantwortung der nachfolgenden Fragen unter diesem Begriff die Telearbeit, das mobile Arbeiten sowie die sonstige Heimarbeit zu verstehen) für unterausgelastet, 10,3 Prozent haben bereits verkleinert (Anstieg von 6,2 Prozent seit August 2024) und 12,5 Prozent planen dies in den nächsten fünf Jahren, insbesondere in Dienstleistungsbranchen wie IT (53,4 Prozent Unterauslastung, www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/homeoffice-immer-mehr-firmen-schrumpfen-ihre-bueros-a-8d82030a-d402-4d13-91bd-61c04ee9da43).

Der Bundesrechnungshof fordert eine Reduzierung der Bundesbüroflächen um bis zu 20 Prozent aufgrund flexibler Arbeitsformen (vgl. www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/ergaenzungsband-2022/bem

erkung-22.pdf?__blob=publicationFile&v=2). Eine IW-Köln-Studie hebt Potenziale des Homeoffice in der öffentlichen Verwaltung hervor, mit positiven Effekten auf Produktivität und Flächenbedarf (vgl. www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2022/IW-Kurzbericht_2022-Homeoffice-in-%C3%B6ffentlicher-Verwaltung.pdf). PwC analysiert Einsparungen durch weniger Bürofläche bei Homeoffice-Modellen (vgl. www.pwc.de/de/real-estate/mehr-home-weniger-office.pdf).

Der Bundesrechnungshof bemängelt die unzureichende Anpassung des Bundes an neue, flexible Arbeitsformen. Hinweise auf eine Unterauslastung von Präsenzarbeitsplätzen (häufig unter 70 Prozent), auf Leerstände von Büroflächen sowie auf hohe IT- und Reisekosten mehrten sich. Dies wirft bei den Fragestellern grundlegende Fragen zur Ressourcennutzung, zu möglichen Vollzugsdefiziten und zu Einsparpotenzialen bei Bundesregierung und Bundesverwaltung auf (vgl. www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/ergaenzungsband-2022/bemerkung-22.pdf?__blob=publicationFile&v=2).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist die durchschnittliche und maximale Nutzung der Arbeitsplätze beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung (BZSt, Zollverwaltung inklusive Hauptzollämter/ZKA, BaFin, BImA, FMSA, ITZBund) sowie der KfW – anteilig in Prozent (basierend auf Präsenzdaten, Desk-Sharing-Nutzung sowie Badge-, Sensor- oder anderen elektronischen Messmethoden) für die Jahre 2022 bis 2025, und wie viel Bürofläche in Quadratmetern bleibt dadurch ungenutzt – auch ausgedrückt als Leerstand in Prozent (bitte pro Behörde und gesamt, detailliert nach Standorten differenziert, tabellarisch angeben)?
2. Welche Gesamtfläche an Büro- und Verwaltungsflächen (in Quadratmetern, für jede Institution differenziert) wird vom BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung (BZSt, Zollverwaltung inklusive Hauptzollämter/ZKA, BaFin, BImA, FMSA, ITZBund) sowie der KfW genutzt, wie hoch sind die Miet- und Nebenkosten pro Quadratmeter und Jahr (2022 bis 2025), differenziert nach Eigentums- und Mietflächen sowie nach Standorten mit hohen versus niedrigen Mietkosten, und welche Leerstandsquoten in Prozent bestehen je Behörde (bitte tabellarisch)?
3. Inwieweit werden gemeinschaftlich genutzte Arbeitsplätze oder reservierbare Schreibtische eingesetzt (Anteil der flexiblen Plätze in Prozent), und welche Einsparungen (in Euro) ergaben sich daraus seit Einführung der Regelung (bitte je Behörde: BMF und nachgelagerte Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie KfW, tabellarisch)?
4. Wie sieht das aktuelle Flächenkonzept der Behörden beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW aus (bitte inklusive Planungsgrundlagen nach BImA-/BMF-Richtlinien, konkreten Reduktionszielen in Prozent und Quadratmetern), welche Pläne gibt es zur Reduzierung der Büroflächen um mindestens 20 Prozent bis 2030, und wie wirkt sich dies auf den Haushalt aus (bitte in Euro, je Behörde, tabellarisch)?
5. Wie hat sich die Zahl der Mitarbeiter beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW (Vollzeitequivalente, je Behörde) von 2020 bis 2025 entwickelt, und wie hoch ist der Personalaufwand als Anteil am Behördenhaushalt in Prozent (2022 bis 2025, je Behörde, tabellarisch)?

6. Welcher Anteil der Mitarbeiter arbeitet durchschnittlich regelmäßig im Homeoffice (Tage pro Woche, differenziert nach Behörde und Hierarchieebene, bitte in Prozent), welche Kosten für Bürogeräte (in Euro pro Jahr) entstehen dadurch zusätzlich (inklusive IT-Ausstattung, gegebenenfalls Möbel, gegebenenfalls Strom- und oder Internetzuschuss etc.), und wie hoch ist die Ausstattung für Homeoffice als Anteil am Behördenhaushalt in Prozent (2022 bis 2025, je Behörde: BMF und nachgelagerte Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie KfW, bitte tabellarisch)?
7. In wie vielen Arbeitsverträgen der Mitarbeiter beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW ist Homeoffice vertraglich vereinbart, und wie hoch ist der durchschnittliche Anteil an der vertraglich geregelten Arbeitszeit in Prozent (dies bitte nach Behörden und für die Jahre 2022 bis 2025 getrennt angeben)?
8. Wie hat sich der Bestand der angesammelten Überstunden (kumulierte durchschnittliche Stunden pro Mitarbeiter und gesamt, je Behörde) beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW von 2020 bis 2025 entwickelt, wie hoch sind die Vergütungen der Überstunden (in Euro pro Jahr), und welche Maßnahmen gibt es zur Vermeidung und Reduzierung der Überstunden (bitte je Behörde, tabellarisch)?
9. Wie hoch sind die einmaligen und laufenden IT-Kosten (Hardware, Software) pro Mitarbeiter (in Euro pro Jahr) beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW (bitte für 2022 bis 2025, je Behörde, tabellarisch)?
10. Inwieweit werden KI-Tools oder Automatisierung (z. B. RPA) gegebenenfalls eingesetzt (gegebenenfalls welche konkreten Tools und welcher Anteil automatisierter Prozesse in Prozent), und welche Einsparungen (in Euro oder Vollzeitäquivalenten) wurden dadurch gegebenenfalls erzielt (bitte 2022 bis 2025, je Behörde: BMF und nachgelagerte Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie KfW, tabellarisch)?
11. Wie hoch sind die Beschaffungskosten für Bürobedarf, Druck und Post (in Euro pro Jahr), welche Einsparungen ergeben sich durch Digitalisierung (Grad der Papierlosigkeit in Prozent), und wie hoch ist der Bürobedarfsaufwand als Anteil am Behördenhaushalt in Prozent (2022 bis 2025, je Behörde: BMF und nachgelagerte Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie KfW, tabellarisch)?
12. Welche durchschnittliche Bearbeitungszeit (in Tagen) ist für Schlüsselprozesse vorgesehen (z. B. Steuergutachten, Zollkontrollen, Steuerbescheide, Zollabfertigungen, Aufsichtsverfahren bei der BaFin), und in welchem Umfang (Anteil in Prozent) führen Fehler zu Nachbearbeitung (bitte je Behörde: BMF und nachgelagerte Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie KfW, tabellarisch)?
13. Wie groß ist der Fuhrpark des BMF mit seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW, wie hoch ist die Auslastung (Kilometer pro Jahr und Fahrzeug), welcher Aufwand für Leasing bzw. Abschreibung, Steuer und Treibstoff (in Euro pro Jahr) entsteht, und wie hoch ist der Fuhrparkaufwand als Anteil am Behördenhaushalt in Prozent (2022 bis 2025, je Behörde, tabellarisch)?
14. Welche Reisekosten (Dienstreisen, in Euro pro Jahr, inklusive Flüge und Hotels) wurden in den Jahren 2022 bis 2025 erstattet (differenziert nach Verkehrsmittel und Reiseklasse, z. B. Economy/Business/First), in welchem Umfang (Anteil der Reisen in Prozent) wurden Videokonferenzen als Alternative genutzt, und wie hoch ist der Reisekostenaufwand als An-

teil am Behördenhaushalt in Prozent (bitte 2022 bis 2025, je Behörde: BMF und nachgelagerte Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie KfW, tabellarisch)?

15. In welcher Höhe wurden Einsparungen (in Euro) beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW durch Effizienzmaßnahmen (z. B. Prozessoptimierung, Personalreduktion) in den Jahren 2022 bis 2025 erzielt, und welche Ziele bestehen für 2026 bis 2030 (je Behörde, tabellarisch)?
16. Welche internen Maßnahmen haben das BMF und seine nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie die KfW gegebenenfalls eingeleitet und welche Berichte haben sie erstellt, um finanzielle Ressourcen zu schonen (z. B. Effizienzanalysen), in welchem Umfang (Anteil in Prozent) wurden sie umgesetzt, und welche Einsparungen (in Euro) ergaben sich gegebenenfalls daraus (2022 bis 2025, je Behörde, tabellarisch)?
17. Wie hoch waren die Gesamthonorare für gegebenenfalls hinzugezogene externe Beratungsunternehmen (z. B. McKinsey, Boston Consulting, Roland Berger, PwC und weitere) im Kontext von Effizienz-, Digitalisierungs- und Organisationsprojekten beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW in den Jahren 2022 bis 2025 (bitte gegebenenfalls tabellarisch je Behörde und Beratungsfirma), und welche konkreten Einsparungen standen diesen Kosten gegebenenfalls gegenüber?
18. Welche Kennzahlen zur tatsächlichen Produktivität (z. B. bearbeitete Vorgänge bzw. Fälle pro Vollzeitäquivalent, Durchlaufzeiten) liegen für die Kernprozesse der Bundesfinanzverwaltung vor, und wie haben sie sich von 2020 bis 2025 entwickelt (bitte je Behörde, tabellarisch)?
19. Wie entwickelte sich das Verhältnis von Führungs- und Stabspersonal (Leitungs-, Referats- und Stabsstellen) zu operativem Personal in den Jahren 2020 bis 2025 beim BMF und seinen nachgelagerten Behörden der Bundesfinanzverwaltung sowie der KfW (bitte nach Dienststellen und Jahresscheiben getrennt tabellarisch auflisten, gerne ergänzt um den jeweiligen Anteil in Prozent)?
20. Welche weiteren ungenutzten oder unterausgelasteten Bundesimmobilien (Eigentum oder langfristige Miete) befinden sich im Portfolio der Bundesfinanzverwaltung, und welche möglicherweise konkreten Pläne zur Veräußerung, Umnutzung oder Rückgabe bestehen (mit potenziellen Erlösen bzw. Einsparungen in Euro, je Behörde)?

Berlin, den 12. Oktober 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.